

Rede zum BM Empfang am 21.08.2022

Am Tag vor der russischen Invasion in die Ukraine schreiben die Schüler und Schülerinnen der Klasse 9/21 in Mariupol noch einen Mathematik Test, dann ändert sich plötzlich alles ...

wenige Wochen später... die Schule ist verwaist, vermüllt, ... An der Tafel stehen noch Mathematikaufgaben: Bruchrechnen, gesucht ist y . Am 23. Februar hatten sie hier noch gesessen, die Schülerinnen und Schüler der Klasse 9/21 des städtischen Gymnasiums Mariupol. Mittlerweile sind sie aus der Stadt geflohen und, wie tausende Ukrainer, in alle Welt verstreut..., ---- notiert in der süddeutschen Zeitung vom 29. Juli 2022.

Wenn sie in der Zeitung weiterblättern, sehen sie Werbefotos von unbeschwertem geradezu luxuriösem Leben, weit weg von Verzweiflung, Angst um die Zukunft und tausendfacher Gewalt und tausendfachem Tod. Wie geht man mit den widersprüchlichen Bildern um, die wir täglich sehen, wie nahe lassen wir die Bilder an uns heran? Wie sollen wir uns orientieren und Zuversicht behalten, wenn die Folgen von Krieg und Krisen nicht abzureißen scheinen und nicht mehr zu unserem Wunsch nach einem guten Leben passen? (Wir versuchen Antworten zu finden)

Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger, das Datum dieses sogenannten Empfangs des Bürgermeisters ist ungewöhnlich, wie es die Herausforderungen sind, die an uns alle in dieser Zeit gestellt werden. Krieg, Unsicherheit in der Versorgung, Inflation, für viele Menschen bald unbezahlbare Energie- und Wohnkosten, Dürre, Hitze, Starkregen, Waldbrände als unübersehbare Zeichen der Klimaveränderung fordern unser politisches und privates Handeln heraus. Die Corona-Pandemie ist noch keineswegs überwunden. Herbst und Winter werden uns gesundheitlich, sozial weiter fordern.

Für mich ist es sehr wichtig, den Empfang heute nachzuholen und mit Ihnen, mit Euch gemeinsam ein Zeichen für unsere Zukunft zu setzen, und auf jeden Fall dem Ehrenamt eine besondere Bedeutung zukommen zu lassen. - Kritisch im Hinblick auf die gegenwärtige politische und ökonomische Situation, - Optimistisch im Hinblick auf unsere Fähigkeit, Probleme gemeinsam zu lösen.

Ohne die ehrenamtliche Arbeit und das ehrenamtliche Engagement unserer Bürgerinnen und Bürger und ohne gesellschaftlich verantwortliche Leistung der Vereine, Verbände und Parteien wäre ein solcher Optimismus nicht angebracht.

Ich möchte deshalb mit diesem Tag Eure für uns alle unverzichtbare, wichtige und wertvolle Arbeit würdigen, denn gerade in Altenberge wird der Vereinsarbeit und dem Ehrenamt eine hohe Bedeutung zugeschrieben. Ich möchte es deutlich und direkt zu Anfang sagen: Das Ehrenamt ist unerlässlich für eine starke Gesellschaft, für individuelle Teilhabe, gesellschaftliche Integration, für das kulturelle Leben, soziale Bindungen und für die gemeinsame Verantwortung für die Gesellschaft.

Eine funktionierende Demokratie lebt vom Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger. Ohne ihr Engagement gibt es keine Zivilgesellschaft, und ohne eine Zivilgesellschaft gibt es keine Demokratie. Deshalb: Vielen Dank Euch allen. Ich bitte Euch, mit dieser für uns alle so unverzichtbaren Arbeit nicht nachzulassen. Wir brauchen jeden einzelnen von Euch.

Ich möchte mich auch bei jenen bedanken, die häufig in der Öffentlichkeit gar nicht oder zu gering wahrgenommen werden: Mein Dank und meine Anerkennung gelten auch den Mitarbeiter*innen der Gemeindeverwaltung. Sie sind die Mittler zwischen den Ideen, Anregungen und Anliegen der Bürger*innen und der Politik. Ohne die Partner in den Ratsfraktionen und den Parteien ist aber auch die erfolgreiche Arbeit der Verwaltung nicht denkbar. Ich möchte mich deshalb bei allen Bürgerinnen und Bürgern bedanken, die sich im Rat und in den Parteien hier vor Ort engagieren.

Selbstverständlich ist jede Altenbergerin und jeder Altenberger herzlich eingeladen, sich in den Parteien und politischen Gremien zu engagieren. Vielleicht zunächst, um nur zuzuhören und - hoffentlich später - um neue Ideen in die Gremien und Parteienarbeit zu tragen.

Ich hätte gerne mit Ihnen auch unsere Landtagsabgeordnete Josefine Paul, Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen bei uns begrüßt. Sie bedauert, dass sie nicht anwesend sein kann und grüßt Sie herzlich. Ohne das Engagement der Bürgerinnen und Bürger ist auch ihre Arbeit auf der Landesebene nicht leistbar.

Herzlich begrüßen möchte ich aber an dieser Stelle auch: Die Mitglieder*innen des Bundestages: Annemone Spallek und Marc Henrichmann Die

Mitglieder*innen des Landtages Simone Wendland und Norwich Rüsse Vielleicht gibt es im Laufe des Vormittags noch Gelegenheit mit unseren Landes- und Bundesvertretern ins Gespräch zu kommen.

Eine Anmerkung noch in eigener Sache - wenn es einmal an einer Stelle im Alltag der Gemeinde hakt, dann liegt es vielleicht am Bürgermeister. Auch deshalb bin jeden Mittwoch auf dem Marktplatz ansprechbar.

Eigentlich könnten wir jetzt sagen, es ist doch alles gut. Das wird aber nicht reichen. Denken wir noch einmal zurück an das Schicksal der Schülerinnen und Schülern aus Mariupol. Junge Menschen werden von einem auf den anderen Tag aus ihrem Alltag gerissen, Verlässlichkeit gibt es nicht mehr, Freundschaften, Schwärmereien für den Jungen, dem Mädchen aus der Reihe vorne, gerade noch so ungemein wichtig, jetzt gestohlen. Sie wurde vom Krieg gestohlen. Eben war es noch der Mathematik-Test, der die Logik und Gedanken der Schülerinnen und Schüler auf die Probe stellte und sie für eine selbstbestimmte Zukunft vorbereiten sollte. Jetzt zählt hier die Mathematik vor allem der Toten.

Mittlerweile sind einige der Schülerinnen und Schüler, der Kinder, auch bei uns in den Schulen angekommen, wir können ihnen ein Stück Normalität geben, wir werden aber für die wenigsten von ihnen Heimat werden.

Der Überfall Russlands, der Beginn des Krieges in der Ukraine am 24. Februar 2022 ist die Linie, die die Menschen in der Ukraine von dem trennt, was einmal ihr Leben war, was einmal auch das Leben der Kinder in Mariupol war. Der 24. Februar ist zugleich aber auch eine Linie, die uns bewusst macht, wie lange wir es uns in der Naivität eines friedlichen und wohlhabenden Europas bequem gemacht haben. Vielleicht wollten wir die Veränderungen nicht wahrhaben, die sich schon mit dem Bosnienkrieg, dem Massaker von Srebrenica und der Annexion der Krim gezeigt haben, vielleicht waren wir bis vor wenigen Wochen immer noch nicht bereit, die Realität in all ihren Konsequenzen wahrzunehmen und anzunehmen.

Jetzt zeigt sich, dass wir uns einer so veränderten Zeit nicht verweigern können. Weder Frieden noch Wohlstand sind selbstverständlich. Wir sind Akteure in einem Krieg durch verhängte Sanktionen und Waffenlieferungen, wir sind Betroffene durch die teilweise Schließung der Gaslieferungen. Die Folgen der russischen Invasion sind unmittelbar in unserem privaten und öffentlichen Leben spürbar.

Sehen wir uns doch nur ein paar Fakten an! Denn es geht auch darum zu erkennen, welche Belastungen und Wohlstandseinbußen auch auf die Bürgerinnen und Bürger in Altenberge zukommen.

Die Preise von Gas haben sich nach Daten von Rheinenergie (SZ, 8.8.22) von durchschnittlich 7 Cent je Kilowattstunde auf 18,3 Cent erhöht. Bei einem Verbrauch von 14 000 Kilowattstunden pro Jahr sind es über 1500 € zusätzlich. Von Oktober an werden noch einmal 2,4 Prozent durch die Gasumlage aufgeschlagen. Für den eben genannten Haushalt sind das ohne Mehrwertsteuer noch einmal mindestens 220 Euro mehr. Private Haushalte mit geringem und mittlerem Einkommen, werden solche Belastungen nicht tragen können, insbesondere nicht vor dem Hintergrund stark steigender Inflationsraten.

Die Nahrungsmittelpreise haben sich alleine im Juli um fast 15 % erhöht (Agrarheute, 10.8.22). Wir werden wieder staatliche Hilfsprogramme brauchen, gezielter, um vor allem denen helfen zu können, die der Hilfe wirklich bedürfen.

Die jetzt vorliegenden Pläne, die vorsehen, dass der Staat seine durch die Inflation eingenommenen zusätzlichen Steuern in Höhe von 10 Milliarden Euro an die Bürgerinnen und Bürger zurückgibt (kalte Progression), sind nicht zielführend. 70 % von diesen 10 Milliarden kommen den 30 % Einkommensbezieher*innen mit den höchsten Einkommen zugute. Menschen mit geringem Einkommen werden nicht oder kaum entlastet (Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Tagesthemen und HB, 10.8.22).

Wir alle können aber auch durch konsequentes Energiesparen schon jetzt einen Beitrag liefern, die Energie im Herbst und Winter für alle ein wenig bezahlbarer zu machen. Jede Kilowattstunde, die wir jetzt privat und in allen öffentlichen Einrichtungen einsparen, muss im Herbst und Winter nicht zu dramatisch hohen Preisen am Weltmarkt eingekauft werden.

Der Abschied von gewohnten Bequemlichkeiten ist sicher ärgerlich. Wir sollten aber trotzdem diesen Weg zusammen mit allen Gemeinden hier im Kreis Steinfurt gehen. Ich möchte deshalb zusammen mit Sozialverbänden, Kirchen und dem Familienbündnis Altenberge alle Menschen einladen, mit mir nach Lösungen zu suchen. Wir dürfen die Menschen nicht alleine lassen, die um jeden Cent kämpfen, um für ihre Familien und sich sorgen zu können. In Altenberge kann das gelingen.

Das sind alles keine Nachrichten, die beruhigen. Ich habe versprochen, kritisch auf unsere gegenwärtige politische Situation zu blicken. Es gibt weitere Herausforderungen, die zu beachten sind und auf die wir uns einstellen müssen.

Neben dem Krieg in der Ukraine baut sich in Asien ein weiteres, schon lange bestehendes Konfliktpotential neu auf. Die Volksrepublik China bedroht das demokratische Taiwan. Massive Militärpräsenz und umfassende Manöver schüren Kriegsangst und bedrohen wichtige Handelswege. Was bedeutet dieser Konflikt – geografisch am anderen Ende der Welt für uns? Seine Folgen und Wirkungen können vor allem unsere Produktionsbetriebe treffen, weil globale Lieferketten massiv gestört werden. Mit etwas Verzögerung haben die Beeinträchtigungen auch schon unsere Handels- und Handwerksbetriebe treffen.

Taiwan ist für die modernsten Halbleiter-Chips, die es aktuell auf dem globalen Markt gibt, das mit Abstand wichtigste Land vor Südkorea. Jeder 2. Chip weltweit wird in Taiwan produziert. Schon heute ist die Lieferung der Bauteile verzögert. Bestellte e-Bikes, Rasenroboter und Wärmepumpen werden nur verzögert geliefert, Neubestellungen können nur ohne Zusage von Lieferterminen und, alleine wegen gestiegener Transportkosten, nur zu höheren Preisen angenommen werden.

Auch dem Handel und Handwerk fehlen damit Umsätze. Im Handwerk sind zudem zu wenige ausgebildete MitarbeiterInnen für die Installation und Inbetriebnahme der jetzt noch lieferbaren Wärmepumpen, Photovoltaikanlagen usw. vorhanden. Ambitionierte Ausbauziele für die Energiewende, weg vom Gas hin zu erneuerbaren Energien, sind mit dem Mangel an qualifizierten Fachkräften und fehlenden Materialien auch langfristig gefährdet. Zudem besteht das Risiko, dass China als wesentlicher Lieferant von seltenen Erden, unverzichtbar für Windkraftanlagen, Batterien und Photovoltaikmodulen, usw. diese Rohstoffe als politisches Druckmittel benutzt. Unser Traum von nachhaltigen Zukunftstechnologien könnte abrupt enden.

Was bedeutet das für uns? Die geopolitischen Krisen liegen zwar weit außerhalb unserer politischen Reichweite hier vor Ort. Sie hier zu ignorieren, wäre aber im höchsten Maße verantwortungslos. Denn die Auswirkungen dieser Krisen stellen uns die Bedingungen, mit denen wir lernen müssen zu leben. Und die wir auch vorausschauend in unserem politischen Handeln berücksichtigen müssen. Im Rahmen unserer Möglichkeiten sind wir darauf vorbereitet, dass kein russisches

Gas im Herbst oder Winter geliefert wird und Flüssiggas noch nicht in der ausreichenden Menge zur Verfügung steht.

Wir hier in Altenberge sind schon heute in der Lage, bei Bedarf kurzfristig Wärmeräume in Sporthallen und warmes Wasser in der Schwimmhalle vorzuhalten, um ein Mindestmaß an Versorgung zu sichern. Die gemeindeeigenen Gebäude werden mit Nahwärme aus dem Blockheizkraftwerk versorgt. Die Energie liefert das Blockheizkraftwerk an der Borghorster Straße, dass mit Biogas und Holzhackschnitzeln aus der Region betrieben wird. Wir sind, wenn auch in einem noch sehr begrenzten Rahmen, energieautark. Diese Nahversorgung mit vor Ort verfügbarer Energie ist ein guter erster Schritt, um unsere Gemeinde widerstandsfähiger und resilienter, für die Zukunft zu machen.

Wir werden aber über das Erreichte hinaus unser gesamtes Energiemanagement im Ort zusammen mit allen Bürgerinnen und Bürgern neu überdenken müssen, Ideen entwickeln, planen und umsetzen. Das wird für alle gemeindeeigenen Flächen und gemeindeeigenen Gebäude und auch für alle neuen und bestehenden Wohngebiete gelten. Und es wird nicht allein darum gehen, Wärme möglichst CO₂-arm zu erzeugen. Wir brauchen auch Konzepte für die Kühlung von Gebäuden und Flächen.

Wie wohltuend die Trinkwasserstelle und der Springbrunnen auf dem Marktplatz angenommen werden, zeigen alleine schon die Beschwerden, wenn das Wasser eine Zeitlang nicht sprudelt. Wir werden im Rat und mit der Verwaltung noch sehr viel Arbeit vor uns haben, alle Ideen, Anregungen und Erwartungen auch von Ihnen zu bedenken. Wir möchten sie alle mitzunehmen, unsere Zukunft sicherer und nachhaltiger zu gestalten.

Ich bin auch weiter optimistisch im Hinblick auf unsere Fähigkeit, Probleme gemeinsam zu lösen. Das Gemeinsam-etwas-anpacken-wollen-Gefühl ist stark genug, auch die möglichen Belastungen der Covid-Pandemie zusätzlich zu schultern. Die Bereitschaft, sozial verantwortlich zu handeln, zu spenden, sich freiwillig zu engagieren und fremden Menschen zu helfen ist seit Ausbruch der Pandemie kontinuierlich gewachsen (Gallup Bericht). Auch das spüre ich hier in Altenberge ganz besonders. Wir setzen Zeichen! Auch im Hinblick auf den Erhalt der Artenvielfalt und für ein Mobilitätskonzept ohne fossile Energien.

Zu Beginn habe ich an die Schülerinnen und Schüler aus Mariupol erinnert. Die Möglichkeit, ihr Leben und ihre Zukunft frei und selbstbestimmt zu gestalten, wurde ihnen durch den Krieg von einem Moment auf den anderen genommen.

Das Bundesverfassungsgericht hat uns im letzten Jahr in seiner Entscheidung vom 29. April 2021 verpflichtend daran erinnert, klimapolitisch so zu handeln, dass die Rechte unserer Kinder nicht verletzt werden. Hohe Emissionsminderungslasten dürfen nicht in die Zukunft verschoben und den Kindern auferlegt werden. Es sollte uns bewusst sein, dass unser CO₂-Budget beschränkt ist und wir heute mit jedem Mikrogramm mehr an Treibhausgasen, das wir verbrauchen, diese Freiheit und Rechte einschränken. Das nach dem Pariser Abkommen definierte 1,5-Grad-Ziel ist schon praktisch nicht mehr erreichbar. Nach Daten von Climate-Analytics steuert die Welt bei unveränderter Politik auf eine rund 2,7 Grad Erwärmung zu.

„Politik ist nicht nur Denksport, sondern Politik ist auch Handeln“ Der frühere Bundeskanzler und Hamburgs ehemaliger Senator Helmuth Schmidt stand immer für die Überzeugung. Daran sollten wir uns halten!

Vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit